

Bahnchef Grube bittet um Entschuldigung für Zwangsarbeit durch die Deutsche Reichsbahn der DDR

(Christian Sachse)

Im August 2014 kam es auf Bitte des Bundesvorsitzenden der UOKG zu einem Treffen mit Bahnchef Dr. Rüdiger Grube. An dem Treffen nahm auch Iris Gleicke (MdB) teil. Grube kündigte in diesem Zusammenhang an, das bei der Deutschen Reichsbahn der DDR geschehene Unrecht deutlich beim Namen zu nennen und die Aufarbeitung mit einem eigenen Forschungsprojekt aufzunehmen.

Am 29. November 2014 trafen sich auf dem Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (heute Stasi-Museum) daraufhin ehemalige politische Häftlinge der DDR und Vertreter der Verbände der UOKG. Eingeladen waren auch die Mitglieder des Deutschen Bundestages, Kai Wegner (CDU) und Daniela Kolbe (SPD).

Rainer Wagner:

Rainer Wagner stellte in seinen einleitenden Worten zunächst fest, dass viele ehemalige politische Häftlinge die Feiern zur Friedlichen Revolution und Wiedervereinigung mit zwiespältigen Gefühlen beobachten. Diesen Menschen gegenüber, die Leben und Gesundheit für Demokratie und Rechtsstaat eingesetzt haben, zeigte sich der heutige Staat alles andere als dankbar und großzügig. Wagner wiederholte die Forderungen vom Juni 2014 nach Aufarbeitung der Zwangsarbeit, öffentlicher Entschuldigung der nutznießenden Firmen und einer Entschädigung für die unschuldig inhaftierten Gefangenen. Um in angemessener Zeit zu einem Ergebnis zu kommen, ist ein Runder Tisch nötig. Diese Forderungen wird die UOKG weiter aufrechterhalten.

Abweichend von seinem schriftlichen Konzept wies Wagner auf Herrn Michel hin, dem es gelungen war, Belege für die Abrechnungen des Reichsbahnausbesserungswerkes Potsdam mit dem Zuchthaus Brandenburg aus dem Gefängnis zu schmuggeln. Er dankte Christian Sachse und seinem Team für die bisher geleistete Arbeit.

Wagner dankte Bahnchef Grube, dass er den persönlichen Kontakt zu den politischen Häftlingen gesucht und gefunden hat. Er erinnerte an das

vorbildliche Verhalten von IKEA. Der Konzern hatte mit seiner Entschuldigung und der Finanzierung einer Studie den wesentlichen Impuls zur Aufarbeitung gegeben. Neben der Bahn steht die UOKG inzwischen auch mit heutigen Energieversorgern im Gespräch.

Dr. Rüdiger Grube

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG würdigte die ehemaligen politischen Häftlinge als mutige Menschen, die sich gegen Unrecht gewehrt haben. Die Bahn hat alle Hinweise sehr ernst genommen, dass die Deutsche Reichsbahn Strafgefangene als Arbeitskräfte ausgebeutet hat. Die DB hat nunmehr eine eigene Studie in Auftrag gegeben, durch die dieses bisher weitgehend unbekanntes Kapitel aus der Geschichte der Reichsbahn durchleuchtet und dokumentiert werden soll. Grube wandte sich an die Zeitzeugen und Betroffenen, dieses Forschungsprojekt aktiv zu unterstützen. Ziel ist es, die Studie bis Ende 2015 erfolgreich abzuschließen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorzustellen. Grube sagte wörtlich:

„Um das Unrecht beim Namen zu nennen – dafür müssen sicherlich die Untersuchungen, die wir als Deutsche Bahn jetzt in Auftrag gegeben haben, nicht erst abgewartet werden. Es ist offensichtlich, dass Unrecht geschehen ist. Dafür kann ich im Namen der Deutschen Bahn AG heute nur um Entschuldigung bitten. Völlig unabhängig davon, wer nun juristisch Nachfolger der Reichsbahn ist und wer wem gegenüber rechtliche Ansprüche geltend machen könnte.

Die Aufarbeitung des geschehenen Unrechts sind wir Ihnen, die aus politischen Gründen ins Gefängnis mussten, schuldig. Und die Aufarbeitung des Unrechts liegt auch im ureigenen Interesse unseres Unternehmens.“

Kai Wegner (MdB)

Der Abgeordnete des Deutschen Bundestages der Fraktion der CDU/CSU hat sich bereits im Juni 2014 zur Präsentation des UOKG-Forschungsberichtes für diese Sache eingesetzt. Wegner wörtlich in der Schriftfassung der Rede:

„Seither darf als wissenschaftlich gesichert gelten, dass in der DDR systematisch eine international geächtete Form der Häftlingszwangsarbeit betrieben wurde, die dem Ziel der maximalen Ausbeutung der Arbeitskraft der Strafgefangenen diente und eine massive Menschenrechtsverletzung darstellte.“

Im mündlichen Vortrag kritisierte er am heutigen Umgang mit der DDR-Zwangsarbeit, „dass heute noch Leute, die Opfer waren, die gelitten haben in einer Diktatur, heute noch kämpfen müssen um ihre Rechte und um bestimmte Wörter.“ Wegner begrüßte das klare Bekenntnis zu ihrer moralischen Verantwortung. So sei sichergestellt, dass das Thema Haftzwangsarbeit auf der politischen Agenda bleibt. Er schlug vor, dass die Deutsche Bahn die Beratungstätigkeit und die Therapien von traumatisierten SED-Opfern in angemessener Weise unterstützen könnte.

Hinsichtlich der finanziellen Dimension führte Wegner aus:

„Ein anderer Aspekt betrifft nicht speziell die Bahn, sondern alle Unternehmen mit Verbindungen zum System der DDR-Zwangsarbeit gleichermaßen. Wünschenswert wäre es, gemeinschaftlich einen Fonds aufzulegen, mit Hilfe dessen weitere einschlägige Forschungs- und Aufklärungsarbeit finanziert werden könnte. Auch könnte darüber nachgedacht werden, aus diesem Fonds besondere soziale Härtefälle materiell zu entschädigen. Ich halte es für sehr begrüßenswert, wenn Gespräche über die Einrichtung eines solchen Opferfonds aufgenommen werden könnten.“

Daniela Kolbe (MdB)

Für die Fraktion der SPD sprach Daniela Kolbe. Eine schriftliche Fassung ihrer Rede liegt nicht vor. Frau Kolbe betonte die Wichtigkeit der Aufarbeitung. Sie begrüßte, dass sich die Deutsche Bahn ihrer Verantwortung stellt. Sie sagte: „Es geht darum, die verschiedenen Facetten des DDR-Unrechtsstaates in den Blick zu nehmen, und vor allem auch diejenigen in den Blick zu nehmen, die Opfer dieses Unrechtsstaates wurden.“ Haftzwangsarbeit, die Ausbeutung der Inhaftierten auch durch die Deutsche Reichsbahn der DDR sei eine solche Facette. Die heutigen Akteure sollten aufeinander zugehen und den Dialog miteinander intensivieren.

Alexander Bauersfeld

Dankte für die überzeugende Entschuldigung Grubes. Er wies auf die Firma Sprela in Spremberg hin, deren Vorgängerin Cottbusser Häftlinge als Zwangsarbeiter beschäftigt hat und sich seit 1990 weigert, sich zu ihrer Verantwortung zu stellen.

Bernhard Schneyer

Der Wehrdienstverweigerer der NVA und politische Häftling vertritt 149 ehemalige Häftlinge, die für die Reichsbahn Zwangsarbeit leisten mussten. Er übergab Grube eine Liste mit ehemaligen Häftlingen aus dem Haftarbeitslager Berndshof, die damals aus dem Lager geschmuggelt wurde.

Hugo Diederich (VOS)

Der Redner erinnerte daran, dass es eine große Zahl von Betrieben und Firmen im Westen gibt, die bisher nicht genannt wurden. Hier bleibt viel zu tun.

Weitere Redner würdigten die Entschuldigung von Grube. Es wurde Unzufriedenheit mit der heutigen Opferpension geäußert. Kai Wegner ergriff noch einmal das Wort und sprach sich für schnelle Schritte aus, die aus der Politik kommen müssten.

Rüdiger Grube erklärte am Ende der Veranstaltung, er habe diese Entschuldigung aus innerer Überzeugung ausgesprochen, „nicht weil mich jemand hergeschickt hat.“ Er deutete an, dass ihm das Thema Zwangsarbeit auch aus der Erfahrung seiner Familie heraus nahe sei.